

Meiß, und der preussischen Beamten wird immer zu Ungunsten der letzteren angeändert. Schuld an der Zuerung, die die Vorlagen nötig macht, ist die Zollpolitik.

Abg. Brömel (fr. Bgg.) meint, es müsse erwidert werden, daß Freuen trotz des Vorhandenseins der nötigen Mittel nichts für die Beamten tue! (Beifall links.)

Abg. Walther (konf.): Wie sind durchzugehen von dem Ernst der Stunde und der Angelegenheit, und alle im Hause sind erfüllt von der großen, nicht nur der Beamten, sondern auch der Arbeiter gegenüber, sondern auch der gesamten preussischen Bevölkerung gegenüber. (Sehr richtig! rechts.) Mein Freund von Mann hat neulich in der Kommission erklärt, daß meine Freunde bereit seien, wenn die Regierung uns die Vorlage unterbreitet, bis zum letzten Augenblick ernst und flehig mitzuarbeiten, damit Beamte, Lehrerschaft und Geistlichkeit zu schnell wie möglich in den Genuß der Erhöhung gelangen. (Sehr richtig! rechts.) Und das ist unser Grundsatzt noch bis zu diesem Augenblick und ich kann, was hier gesagt ist von den Mecklern, unterschreiben. (Sehr richtig! rechts.) Es hat nicht sollen sein. Nach der Erklärung des Staatsministeriums gelangt die Vorlage in dieser Session nicht mehr an uns, wir geben also mit den Beamten in eine große Rente hinein, die auszufüllen uns bei der besten Aussicht bis zum Schluß des Landtages nicht mehr möglich ist. Es handelt sich für uns nicht um persönliche Empfindungen, aber was wir sagen, sind die schmerzlichen und tiefen Empfindungen der preussischen Beamten und der Lehrerschaft, zu deren Mundstück wir uns kraft unserer Mandats machen müssen. Wenn es heute scheint, als ob die Regierung sich über uns hinwegsetze, so möchten wir, so behaupten wir, daß uns tiefer; aber wir müssen Licht und Schatten in dieser Frage gleichmäßig verteilen. Ich glaube nicht daran, daß die Beamtenhaft die schwere Schuld an der Vertagung der Vorlage allein der Regierung aufbürden wird, daß sie vielmehr aus der ersten Erklärung der Regierung herausfließen wird, daß sehr ernsthafte Gründe die Regierung angeleitet haben davon ablassen. Wir wären nicht Mitglieder der Kommission, wenn wir nicht glauben, daß die Regierung nicht aus ihrer Pflicht oder Aemlichkeit gegen die Beamtenhaft zu handeln, sondern daß sie tiefer gehende Gründe hat. (Sehr wahr! rechts.) Deshalb brauchen wir mit den Gründen der Regierung noch nicht einverstanden zu sein. Als Mitglied des Reichstages und dieses Hauses muß ich sagen, daß ich die Regierung im Reich außerordentlich schwierig ist, und wenn man es im Reich versuchen würde, so wäre die Folge, daß die Finanzangelegenheiten gar nicht kommen, die Erhöhung der Matricularbeiträge, also eine neue schwere Belastung der Einzelstaaten. (Sehr richtig! rechts.) Die Finanzreform im Reich zu bewilligen, ist mir bereit. Meine Partei hat die Regierung keinen Zweifel gelassen, daß sie die Beamtenhaft notwendig als nötigen Konsequenz für neue Steuern ziehen will. Wenn wir keine Finanzreform beschließen, so liegt das an den weit auseinander gehenden Anschauungen der Parteien und der Regierung. Wir sind bereit, auf dem alten prinzipiellen Wege, den Fürst Bismarck durch die Finanzreform vorgezeichnet hat, unsere Schuldigkeit zu tun, um dem Reich zu neuen Einnahmen zu verhelfen. Wie die Partei zu einem bedeutenden Teil beauftragt für die Verhältnisse in Preußen, aber das soll auf unsere Stellung zur Befolgsregelung nicht den geringsten Einfluß ausüben, und das wird auch für den neuen Landtag gelten. (Beifall Zustimmung rechts.)

Beitritten auch die, daß unsere Wirtschaftspolitik schuld ist an der Zuerung der Beamten, daß die Beamtenhaft eine notwendige Folge der Wirtschaftspolitik ist. (Sehr richtig! rechts.) Wie sieht es denn dann mit den Wirtschaften, die doch trotz der Handelsverträge niedriger geworden sind? Dann müßten Sie (nach links) ja nachträglich den Handelsverträgen zustimmen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir nun nach volkreicher Zeit, vielmehr nach vollkommener Arbeit, Finanzregeln (Seitens) so über zu konstatieren, daß die Beamtenhaft ein Verbrechen am nachdrücklichsten ihre Interessen, und die bestmögliche Vorwürfe gegen die Regierung ziele. Aber auch unser Standpunkt sollte der Beamtenhaft zeigen, daß wir das nötige Verständnis für sie haben. Auf einer künftigen Beamtenhaft ruht unser Staat; von diesem Gesichtspunkt aus werden meine Freunde nicht aufhören, die Beamtenhaft zu bekämpfen. Wir werden uns bemühen, wie auch die Beamten ausfallen werden. Und wir rechnen am meisten dabei auf die Mitarbeiter der Staatsregierung. (Sehr. Beifall rechts.)

Abg. Kirch (Str.): Wenn die Regierung schon die Besprechungen der Kommission nicht einlösen wollte, so hätte sie wenigstens ihren guten Willen zeigen und die Lehrerbefolgsvorlage einbringen sollen.

Abg. Schäfer (L.): Ist ebenfalls die Begründung der Begründung leitend der Regierung für hinfällig. Wird die preussische Beamtenhaft im Herbst kommen, auch wenn die Reichsfinanzreform scheitert? Und wenn die Beamtenbefolgsvorlage verlagert wurde, warum auch zugleich die Lehr- und Geistlichenbefolgsvorlage, die doch mit der Beamtenbefolgsvorlage nichts zu tun hat?

Finanzminister Herr. v. Meibinben weist darauf hin, daß der neue Landtag bereits im Oktober zusammenberufen werden soll. Der Wortlaut des Abg. Geyling, die Regierung habe in den letzten Jahren nichts für die Beamten getan, ist sehr zu bedauern. Der Minister gibt die Antwort der Beamten gegenüber nachdrücklich. Die aus den hier in Frage stehenden Befolgsvorlagen entpringende Etatsanschlagung von 120 bis 130 Millionen fordert eine Erhöhung der Einkommensteuer. Auch die Kommunen werden der Gehaltssteigerung folgen und die Kommunalverwaltungen erhöhen müssen. Und auch die Erhöhung der Gehälter der Privatbeamten und Arbeiter wird eine Folge unserer Finanzen sein. Wir haben aber gerade das Gegenteil im Sinn, und wir sind im Zustand mit dem Hause den Beamten, Lehrern und Geistlichen geben, was ihnen gebührt. Und, die wir mit Hand und Fuß für das Wohl der Beamten arbeiten, muß es schmerzen, wenn man von einer Minderung des Bezahrens zur Regierung spricht. Einzelne der heutigen Neben können nur die Disziplin und das Vertrauen der Beamten zu uns beeinträchtigen. (Beifall rechts.) Wenn gesagt wird, die Besprechungen der Kommission seien unwillig geschieden, so sieht doch, daß wir auf eine Verabschiedung der Vorlagen gemäß den Besprechungen der Kommission den Beamten, Lehrern und Geistlichen eine Gehaltssteigerung zu teil werden lassen. Die Einbringung der Vorlagen selbst ist uns unmöglich gemacht durch die Vertagung der Befolgsangelegenheit im Reich, die auf der Verweigerung des Reichstages, schon jetzt an die Finanzreform zu gehen, beruht. Der Minister legt nochmals die Gründe dar, die ein Zusammengehen der Beamten mit dem Reich zu diesem Zeitpunkt notwendig machen. Würde man jetzt eine preussische Vorlage verabschieden, die geringere Verbesserungen bringe als die später im Reich angenommene, so würden die preussischen Beamten unzufrieden sein, und eine neue Vorlage würde nötig werden. Das wäre unzulässig. Auch läßt sich der Wohnungsgeldzuschuß nicht unabhängig vom Reich regeln. Für das Maß der preussischen Befolgssteigerungen wird auch die ganze Finanzlage im Reich bestimmt sein. Die Befolgssteigerung der Beamten, Lehrern und Geistlichen konnten wir nicht vornehmen. Was hätten die unmittelbaren Staatsbeamten dazu gesagt, wenn man die mittelbaren früher befähigt hätte als sie? Wird im Herbst aus der Meibinbenvorlage nichts, so ist die Frage, was im Preußen wird, eine cura posterior. (Schl.) Allerdings würde uns dann wohl nichts übrig bleiben, als in Preußen selbständig vorzugehen. (Beifall. Beifall.)

Bezüglich der Rückwürfen des Herrn v. Bethmann-Sollweg, sie solle sich auch auf Lehr- und Geistliche erstrecken. Die einmaligen Zulagen sollen 100 Mk. für die Unterbeamten, 150 Mk. für die mittleren Beamten bis 4200 Mark Gehalt betragen, ebenso viel sollen die Lehrer erhalten. Der Minister schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß ein künftiges Gesetz im Herbst zu Stande kommen werde.

Abg. Meiß (freisinn.) betont, alle Leben vom Ministerialschaffen die Aufgabe nicht aus der Welt, daß Freuen ohne weiteres selbständig hätte vorgehen können. Die Beamten usw. sind größtenteils aus dem Existenzminimum angehangt.

Abg. Dr. Gahn (W. B. B.): Alle Stände organisieren sich, und es ist gut, daß auch unsere Beamten, nach Befreiung ihrer Lage zu streben. Günftig sind die Einnahmen der Beamten, die sich nicht einmal auf der rechten Seite (Sehr richtig!) dabei immer als Arbeiter sich nach mehr annehmen. Der Geist der Königstreue und Gewissenhaftigkeit ist gutlos in unseren Beamten noch groß. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit einer besonderen Beamtenfürsorge. Die Reform unserer Handelspolitik hat für die gesamten inländischen Produktion einen erhöhten Schutz gebracht. Ich habe dabei keinen Widerspruch, noch nicht einmal auf der rechten Seite. (Zuruf des Abg. Goldschmidt: Herr Goldschmidt, mehr ist endlich, es scheint in den letzten Jahren nicht aufgepaßt zu haben. (Seitens) rechts. Zuruf des Abg. Goldschmidt.) Ich verbitte mir einen solchen Zuruf und erlaube um den Schutz des Präzidenten. Abg. Goldschmidt nennt mich einen Demagogen. (Beifall rechts. Zuruf: Das habe ich nicht gehört. — Zuruf des Abg. Goldschmidt: Das habe ich nicht gesagt!) Auch wir Agrarier sind bereit, den Beamten eine Verbesserung zu ermöglichen. Aber nicht der erwerbende Mittelstand soll wieder allein die Kosten tragen, sondern auch das Großkapital soll herangezogen werden. Meine Freunde sind nicht schuld daran, daß die Reichsfinanzreform noch nicht weiter gebiehen ist. Sollen die Beamten, die sich Reform durchzuführen wollen, dann nicht auch sich auf die Reform der Beamten einstellen? Ich würde mich freuen, wenn die Beamten sagen: Beweist euch an die Parteien der Linken im Reichstag und Abgeordnetenhaus, die sich schuld wegen ihrer Sozialpolitik! (Wachen links, lebhafter Beifall rechts.) Ich bedaure, daß Abg. Frhr. v. Zedlitz allgemein von einem verminderten Vertrauen der Beamten zur Regierung gesprochen hat. (Beifall rechts.) Woher nimmt er das Recht dazu? Ich begrüße die Stellungnahme des Finanzministers in den Steuerfragen aus dem Reich. Auch die Beamten werden erkennen, wo im Abgeordnetenhaus ihre besten Freunde sitzen. (Beifall. Beifall rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.) tritt dem Vordere entgegen, der eine unangenehme Agitation in seiner Partei betreibt. (Beifall links.)

Finanzminister Herr. v. Meibinben: Die mittleren Beamten bis zu 4200 Mk. Gehalt umfassen alle Beamtenkategorien, die der Zulage bedürftig sind. Auch die Regelung der Zulagen wird noch schwieriger liegen. In der Vertagung beteiligen sich noch die Abgeordneten Dr. Müller-Dein (freisinn.), Herr (konf.), Graf Frankmann (Str.), Herr (freisinn.), Minister (konf.), Dr. Gahn und Dr. Müller. Dann schließt die Beratung.

Das Haus fährt noch die zweite Sitzung des Etats der direkten Steuern zu Ende.

Donnerstag 11 Uhr: Rest der zweiten Etatsberatung. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

119. Sitzung vom 11. März, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsident: v. Bethmann-Sollweg.

Die Beratung des Etats des Reichsanwalts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Mannmann (freisinn.) Die Arbeitsämter soll nach dem preussischen Entwurf den Gewerkschaften eine nur begrenzten Selbständigkeit geben. Sie wird also bloß als mögliches Mittel zur Einigungsmittel gedacht. Wie kann man nun aber von einer bloß befristeten Selbständigkeit erwarten, daß sie den Zweck erfüllt, den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu fördern, wie es in den Motiven des Entwurfs heißt? Wäre nicht müßig die Grundlagen der Arbeitsämter als „normativ“ bezeichnet werden, so daß auch die Polizeibehörde, wenn sie von jenen Grundlagen abwichen will, gezwungen ist, dies jedesmal ausdrücklich zu motivieren. Eine solche Aufgabe der Arbeitsämter wird die Realisierung von Arbeitsverträgen. Diese stehen wir erst im Anfang solcher Verträge. Die Großindustrie ist von dem Tarifvertragsystem noch kaum erfasst worden. Bei der Arbeitsämter wird man ein Ansehen erhalten können über Auslegung von Tarifverträgen-Schwierigkeiten. Mit der berufsgenossenschaftlichen Organisation der Arbeitsämter könnte man einverstanden sein, wenn die Berufsgenossenschaften etwas anderes als die Unfallversicherung. Wenn sie für die Arbeitsämter dienlich sein sollten, so müßten sie auch wirklich den Beruf vollständig repräsentieren und nicht nur die Unternehmer. Ebenso muß aber auch unter allen Umständen die Arbeitsämter paritätisch aufgebaut sein im Gegensatz zu den Arbeitsämtern, wie sie von einer Seite (Rechner) werden bis in den Sozialversicherungen, gewerkschaftlichen Organisationen. (Seitens) rechts. Die Arbeitsämter sollten paritätisch kommen zu erwarten. Der Vorschlag wegen des Vorstretzes zu der Arbeitsämter-Wahl der Arbeitgebervertreter durch Arbeitervereinschüsse — wie ihn der Entwurf enthält, ist für uns ganz unannehmbar. Denn bei solchen Wahlmodi haben die Arbeiter gar kein aktives Interesse an den Arbeitsämtern. Immerhin ist es ein solches Interesse immer noch besser als das preussische Arbeitgeberrecht. (Seitens) rechts. Die Organisationen für die Arbeitsämter zu interessieren, bleibt nicht übrig als ein Proporzional-System. Macht man aus der Arbeitsämter nur etwas Halbes, nur den Schalten einer Arbeiter-Organisation, so werden meine Freunde, das kann ich erklären, lieber wenig geneigt sein, für diesen Gedanken etwas zu tun. Für eine ganze Arbeit dagegen werden wir mitwirken.

Abg. Graf (Str.): Auch in der Sozialpolitik ist Stillstand. Die allgemeine Weltlauf und die Genuß der Arbeiter ist freilich ganz unzulässig. Man muß sich mehr um die Interessen des Mittelstandes und des Handwerks kümmern, denn im Interesse des Staates liegt es vor allem, selbständige Existenzen zu schaffen. Der Meiner bezieht die weitere Ausdehnung der Sonntagsgesetze im Interesse des Kleinverwerbs. Eine verständige Sozialpolitik, aber nicht auf Kosten des Mittelstandes, ist nötig. Der alljährliche Mittelstand muß erhalten werden zum Wohle des gesamten Vaterlandes.

Abg. Sir (Str.) rühmt die Tätigkeit des Zentrums auf sozialpolitischen Gebiete. Besonders dem Kaufmannstande muß geholfen werden. Einmal durch stärkere Maßnahmen gegen Warenhäuser und Detailreisen, ferner durch möglichst völlige Beseitigung des Kaufverfalls. Von den vorliegenden Resolutionen empfindet Meiner zur Annahme besonders die Resolution seiner Partei betreffend Unfallfürsorge bei Arbeiten zur Rettung von Personen und Rettung von Sachen. Ebenso erblicke er Annahme der Resolution Graf Schwerin betreffend zuverlässige Bestimmung der Viehpreise nach Lebenzeit.

Abg. v. Brochhausen verliest zunächst eine Erklärung des abwesenden Grafen Kanitz, daß, wie er sich überzeugt habe, die von ihm neu angelegten durchschnittenen Holzgriffen im Vergleich mit den 1900 bis 1901 bis 1902 nicht auf sich selbst, sondern auf die unterliegenden bezogen hätten. Weiter habe er hinwegrufen auf eine Kumbgebung einer Sperre, worin diese durch Wegnahme auf ihre jetzige positive Sachlage Geld anzuwenden geglaubt habe. Er meine da doch, es sei keineswegs Zweck jener Sachgeschehnisse gewesen, daß die Sperren den Gehensgehenden nicht nur durch Wegnahme von Sachen, sondern auch durch Wegnahme der Mittelhand gelangt habe, unterschreibe er. Mittelhand und Handwerk würden jetzt Karrenbau als die Arbeiter. Auch was Vordere gegen die Warenhäuser gesagt, sei durchaus zutreffend. Der Handwerkerstand bedarf der weitgehenden Fürsorge. Kor-

füchtig ist für ihn nur wenig gegeben. Der Staatssekretär hat die Ausführungen des Abg. Raumann für besonders weitgehend gehalten und ihnen in vieler Beziehung Anerkennung gezollt. In gewisser Beziehung mag das stimmen. Am ganzen haben sie doch wieder nur Theorie gezeigt; sie sind daher ohne praktischen Wert. Die Hoffnungen, daß Herr Raumann gegen die Warenhäuser vorgehen wird, sind berechtigt. Allerdings kann ich das, was Herr Raumann gegen den Warenhäuser einbringen wollte, nicht unterschreiben. Als ich diese damaligen Ausführungen wieder las — ich wohnte der Sitzung wegen längerer Erkrankung nicht bei —, da hatte ich einen Traum. Die Warenhäuser sind auf dem Weg der Angelegenheit feierten einen Abschiedsessen, auf dem sie folgendes Lied sangen:

O Warenhäuserberühmtheit, wohin bist du entkrochen?
Der Mensch hat wieder gelobt, die Zeit, so frei und ungebunden?
Bereubene läßt sich umher, die Zeit, so frei und ungebunden?
Ich sehe deine Spur nicht mehr,
O Jerem, Jerem, Jerem usw.
Wo sind die, die vom Wertehimmeln
Nicht konnten und nicht wußten,
Die hier in Arm mit Wertehimmeln
den Herrn der Erde glichen?
Sie lehrten mit geistlichem Riß
Mit Raumann zum Detail gerud! (Große Heiterkeit.)

Der Redner bespricht die Stämme im Berliner Baugewerbe und den bevorstehenden Niesenkampf im Reich. Trotz der Ermahnungen der gewerkschaftlichen Oberhaupt Silberstein und Wörlburg hatten sich alle Verhandlungen wegen der Galsatzfrage, die Arbeitserhöhung, der Erwerbslosigkeit der Sozialdemokraten, auch einhellig abgelehnt. Der Redner ist geneigt, eine Mutprobe, die in Berlin Arbeitsunfähigkeit zu sein. Die Reichsregierung muß endlich die Arbeit fördern.

Der Redner äußert sich zu einigen Resolutionen. Die des Zentrums und der Sozialdemokraten über das Anknüpfungsproblem lehnen wir ab, schon weil es preussische Angelegenheit ist. Der gegen Himmeln wir für die Resolution Schad über Rindfleischpreise in Bonn. Für noch nicht sprecher hatten wir die in einer Resolution Schad angelegte Frage der Errichtung von Arbeiterkassen. Dagegen ist vollständig sprecher der unter meinem Namen gelegte Antrag über die aktive und passive Beteiligung von Angelegten, die Schmiergeheimnisse. In einer Zusatzabstimmung ist diese Resolution, die wir schon früher einmal gestellt hatten, in der Art von Resolutionen, die auch schon damals beschanden war, untergegangen. Angewiesen hat der Staatssekretär eine Enquete veranlassen und es liegt eine Fülle von Material vor. Auch der Deutsche Handelstag hat eine Stellungnahme gegeben. Jedenfalls aber müßte man den Redner für die Sache bestreiten, wenn wir etwas erreichen wollen. (Sehr. Beifall rechts.)

Abg. Damm (natl.) behandelt die Frage der Einheits-Stammgebühren. Die in einer Eingabe den Ansuchen erheben, an die Beschlüssen der Konferenz sämtlicher Stenographiestämme solle nicht geändert werden.

Ein Schlussantrag wird angenommen. Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt.

Das kurze weitere Debatte verlagert sich das Haus auf Donnerstag.

Schluss nach 6 Uhr.

Ausland.

Frankreich. Der Präsident der Republik, Fallières, der, wie gemeldet wurde, in der zweiten Hälfte des Monats Mai England besuchen wird, wird auf dieser Reise von dem Minister des Auswärtigen, Pichon, begleitet werden. — Wie wir später noch aus Paris erfahren wird, der Besuch des Präsidenten Fallières in London anlässlich der Eröffnung der dortigen französischen-britischen Ausstellung hatfinden.

Spanien. Nach einer Meldung aus Barcelona stattete König Alfonso am 11. März in Begleitung des Ministerpräsidenten Canales und des Marineministers Ferrerand den osterröschischen Gesandten einen Besuch ab. Er wurde auf dem Madrider Bahnhof von Erzherzog Karl empfangen und blieb eine Stunde an Bord, wo ein Frühstück stattfand.

Perlen. Nach einer Meldung der „Times“ aus Teheran sind erste Unruhen in Schiras ausgebrochen. Schibamel Ruz und dessen Sohn wurden erschossen, ebenso zwei hervorragende Mullahs. Eine Abstellung ist im Vormarsch auf Teheran. Die Unruhen dauern fort. Die Meldung bezieht sich auf die Reaktionen drängen den Schah zu einer Aktion gegen das Parlament. Das Ministerium verhält sich passiv.

Madonien. Wie die Wiener „Polit. Korresp.“ aus London erfährt, übermittelt die englische Regierung in Ausführung der Pflicht des englischen Staatssekretärs des Auswärtigen, Grey, den Mächten den Vorschlag, daß für Madonien ein Generalgouverneur, Christ oder Wulstman, für einen sechsjährigen Zeitraum ernannt werde.

Afrika. Wie die römische „Agenzia Stefani“ meldet, empfangt die italienische Regierung Witkowsk vorläufig als Gouverneur von Kamerun. Caprera“ überbrachte Telegramm, welches besagt, daß der Stamm Sullman in Unterwürigkeit von Leuten des Mullah in der Nordabwärts von Djibah am 29. Februar einen anderen Stamm angegriffen, dreißig Leute dieses Stammes getötet und das Vieh weggetrieben habe. Die italienischen Besatzungen von Werra und Djibah griffen die Mullah am 3. d. M. an, wobei vierhundert Angehörige des Sullman-Stammes, sowie sechzig Leute des Mullah fielen. Auf italienischer Seite sind zwei Mullahs verwundet und ein Mullah getötet worden.

Nordamerika. Präsident Roosevelt hat eine Untersuchung der beim Vorkommen der mit Vertropfungen üblichen Geflochtenen angeordnet, um eine Pflanz zu gewinnen für die Herstellung von künstlichen Gasen. Die Untersuchung wurde dem reinen Wäsenpfeifen mit Vertropfungen vorgenommen, beugt oder Abdruck getan werden soll.

Aus Nah und Fern.

Augenheiler Brandhoffer. An Romi verstarb Witkowsk morgen der dreizehnjährige Sohnkade August Rauskin das Gebäude der dortigen Anatomie in Brand zu fieren. Er wurde von Hof aus durch Eindringen einer Feuerscheide in ein Schloß gemindert angeordnet und hatte unter die Schloßkammer geschloßen. Die Brandursache ist noch nicht festgestellt. Der Schuldner bemerkte rechtzeitig die Brand und konnte ihn löschen. Mehrere Schloßkammer sind verbrannt oder angebrannt.

Der Gemann erschlagen. In Schwiegers wurde der russische Geistliche Gagarin von seiner Frau, die er mißhandelt

Die Rubrik in Kursverzeichnissen des Zinsternens am 21. März 1933. Die Rubrik in Kursverzeichnissen des Zinsternens am 21. März 1933. Die Rubrik in Kursverzeichnissen des Zinsternens am 21. März 1933.

Berliner Börse, 21. März 1933

Beurteilung: 1 Fr., 100 Lira, 100 Pf. - Ostl. 1 Kolb: 1,70; 1 Kolb: 1,70; 1 Kolb: 1,70. 1 Fr. 100 Lira, 100 Pf. - Ostl. 1 Kolb: 1,70; 1 Kolb: 1,70; 1 Kolb: 1,70.

Table with columns for stock types (e.g., Staats-Pfandbriefe, Reichsanleihe) and their corresponding prices and values.

Table titled 'Eisenbahn-Prior.-Oblig.' listing various railway bonds and their market prices.

Table titled 'Bank-Aktien' listing various bank stocks and their market prices.

Table titled 'Industrie-Aktien' listing various industrial stocks and their market prices.

Table titled 'Wechselkurse' listing exchange rates for various currencies and locations.

Druckerei: Druckerei, Druckerei, Druckerei. Druckerei: Druckerei, Druckerei, Druckerei. Druckerei: Druckerei, Druckerei, Druckerei.

Vertical text on the right margin, possibly containing contact information or additional notices.